

Konrad-Adenauer-Stiftung
Washington



**DIE DEMOKRATEN AUF DER SUCHE
NACH IHRER IDENTITÄT**

Dr. Norbert Wagner

Marielle Eckes

Washington, D.C. Januar 2005

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
20005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org

Abermals geschlagen erwägen die Demokraten eine Verlagerung ihrer politischen Ausrichtung

Kerry's Wahlschlappe hat die Demokraten in eine tiefe Identitäts-Krise gestürzt und sie nun vor die Frage gestellt, ob sie mit fundamentalen Veränderungen in ihrer Philosophie das Weiße Haus wiedergewinnen können. Sollen die Demokraten nationalen Erfolg durch einen politischen Linksruck anstreben wie es viele gewissenhafte Parteianhänger erwarten? Oder wäre ein Rechtsruck, der neue Wählerschichten erschließen soll, eine erfolgreichere Strategie? Und wird der neue Parteiführer aus dem liberalen Flügel kommen, wie der Gouverneur Howard Dean oder Senator Hillary Clinton, oder mehr die politische Mitte fahren, wie zum Beispiel Senator John Edwards.

Die Aufgaben vor denen sich die Partei nun gestellt sieht, sind im Hinblick auf den erzielten "Wahlerfolg" umso schmerzhafter und schwieriger zu verarbeiten. Ein großes Problem der Demokraten liegt leider auch in der Tatsache begründet, daß sich die erfolgreiche Wahlbeteiligung, die die Partei erzielte – die höchste seit 40 Jahren – nicht in Zugewinnen gegenüber den Republikanern niederschlug. Bislang ging man davon aus, daß die Mehrheit in den USA demokratisch ist und daß sich eine hohe Wahlbeteiligung in zusätzlichen Prozentpunkten für die Demokraten niederschlägt. Trotzdem verlor Kerry.

Ein rotes Meer

Derzeit hat die Partei nur im Nordosten, an den großen Seen und an der Westküste Chancen, die Mehrheit zu erhalten. Der überwältigende Teil der USA ist ein „rotes Meer“, wie es CNN-Experte Jeff Greenfield beschreibt. Rot ist die Farbe der Republikaner. Kerry konnte nur einen einzigen Bundesstaat, der 2000 von den Republikanern gewonnen wurde, für sich gewinnen: New Hampshire.

Besonders die Verluste im Süden sind alarmierend. Dort haben die Republikaner, vor allem bei den Senatorenwahlen in North Carolina, South Carolina, Georgia, Florida und Louisiana, in denen demokratische Amtsinhaber nicht mehr zur Wiederwahl antraten, die traditionell konservativen Wählerschichten, insbesondere die möglicherweise wahlentscheidenden evangelikalen Christen, für sich gewinnen können.

Die republikanische Fraktion im Senat konnte ihre Mehrheit nicht nur ausbauen, sie ist auch konservativer geworden. Dies zeigen die neuen Senatoren, die in ihrer Amtszeit im Unterhaus eher konservativ gestimmt haben. Richard Burr, der neue Senator North Carolinas, stimmte während seiner Zeit im Repräsentantenhaus in 96 Prozent der Fälle mit Präsident Bush. Die Demokraten dagegen, rücken im politischen Spektrum weiter nach links.

Für die Demokratische Partei wird die erneute Niederlage in einer Wahlkampfauseinandersetzung unter relativ günstigen Ausgangsbedingungen nur schwer zu verkraften sein. George W. Bush hat eine unbestreitbare, wenn auch eine unbestreitbar knappe, Mehrheit der Wählerstimmen für sich gewinnen können. Gehüllt in einem Mantel des mitfühlenden Konservatismus hat der Präsident besonders die christlich orientierten Amerikaner angesprochen und traditionell demokratische Wähler, wie zum Beispiel Latinos, in sein Lager holen können.

„Die konservativen Staaten werden konservativer“, sagte Nanci Pelosi, die demokratische Fraktionsführerin im Repräsentantenhaus, „und das ist eine Herausforderung für uns.“ Themen wie Homosexuellenehe, Abtreibung, und Stammzellenforschung waren bei den Wahlen 2004 ausschlaggebend. Elf Bundesstaaten ließen darüber abstimmen, ob den Landesverfassungen das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe beigefügt werden sollte. Überall wurde der Zusatz angenommen. Wo er zur Abstimmung stand, stieg die Wahlbeteiligung.

In einer Zeit, in der die Amerikaner handlungsstarke Führung erwarten, lieferte Kerry ihnen nur vage Andeutungen einer alternativen Politik. Während er seinen Wählern einen Plan vorlegte, bot Präsident Bush seinen Wählern eine Vision. In diesem Sinne bewies er Führungskraft. Man muß beachten daß George W. Bush seinen Gegner Kerry in den kleinen Städten und Dörfern Amerikas nicht geschlagen hat, indem er die Wähler dort von einer Privatisierung des sozialen Sicherheitssystems überzeugen konnte. Er gewann aufgrund einer traditionell-ausgerichteten moralischen und kulturellen Bindung und weil es relativ einfach war, John Kerry als Kosmopolit abzustempeln.

Wer sich während des Wahlkampfes ein Bild der Wahlkampagne Kerrys und seiner Anhängerschaft machen konnte, der bekam den Eindruck, daß die Partei ohne kohärente ideelle und programmatische Plattform in den Kampf ging. Dies spiegelt sich in den diversen Wählerinitiativen wider, in denen Juristen neben Homosexuellen, neben Krankenschwestern, neben Juden und Arabern ihre Unterstützung äußerten. Die Demokraten betrieben so eine Klientelpolitik, basierend auf einer ansteigenden Individualisierung und Fragmentierung der US-Gesellschaft. Ein ähnliches Muster ist auch bei den Mandatsträgern im Kongreß erkennbar, die in ihrem Stimmverhalten eher den Interessen ihrer jeweiligen Klientel als einer langfristigen Parteilinie folgen.

Lessons from the Past

Die Demokraten finden sich nun in einer für Sie nicht unbekanntem Situation, auf der Suche nach einer nationalen Führung und, nicht zuletzt, einer neuen Orientierung. Über die taktischen Lektionen der Niederlage wird wohl noch bis 2008 gegrübelt werden. Die schwierigeren und die sofort zu bewältigenden

Fragen hängen jedoch mit fundamentalen Prinzipien zusammen: Wofür stehen die Demokraten? Was heißt es, ein ‚Democrat‘ zu sein? Wie sollen sie sich als Oppositionspartei verhalten? Was können sie tun, um das mittlere Amerika wieder für sich zu gewinnen?

Die Demokraten von heute scheinen nicht zu wissen, wofür sie eigentlich stehen. Das spüren auch die Wähler. Dieses Wissen bestimmte auch den Tenor der Kerry-Kampagne: „Wir sind nicht Bush“ oder „Wir sind anti-Bush.“ Rund 51 Prozent des Landes entschieden sich im Nachhinein für das was Sie bisher hatten und wußten.

Haben wir es mit einem hoffnungslosen Fall zu tun? Man denke an die Republikaner vor vierzig Jahren als Lyndon B. Johnson mit 61 Prozent der Wählerstimmen (im Vergleich zu 51 Prozent für George W. Bush) und 486 der Wahlmännerstimmen (Bush gewann 286) seinen Konkurrenten Barry Goldwater aus dem Rennen schlug. Nach dieser Niederlage besetzten die Demokraten 68 der 100 Senatssitze und 295 Sitze im Repräsentantenhaus.

Vier Jahre später jedoch wurde der Republikaner Richard Nixon zum Präsidenten gewählt. Zwölf Jahre danach brachte Ronald Reagan eine brandneue und konservativere Republikanische Partei an die Macht. Seitdem hat sie fünf der sieben letzten Präsidentschaftswahlen gewonnen. Seit 1994 hat sie die Kontrolle im Kongreß übernommen.

Diese Vergangenheit könnte für die Demokraten nützlich sein, besonders wenn sie erkennen, daß nur wenige Amerikaner, die nicht demokratisch wählen, verstehen, was es heutzutage bedeutet, ein Demokrat zu sein.

Als die Republikaner ihre Partei nach der verheerenden Niederlage wieder aufbauten, beriefen sie sich nie auf die Leistungen und Erfolge vergangener Präsidenten. Auch als Reagan zum Präsidenten gewählt wurde, ignorierte er seine Vorgänger. Er repräsentierte ein neues Amerika – ein Amerika, daß während den 70er Jahren nicht mehr von der Arbeiter Klasse sondern von den Nutznießern des Nachkriegsboom, der neuen Mittelklasse, dominiert wurde.

Traditionelle Demokraten sträuben sich gegen die Vorstellung, daß das Land eine „neue“ Demokratische Partei für ein neues Alter braucht. Vielleicht wären sie deshalb gut beraten, die graduelle und komplette Restrukturierung der Republikaner nicht außer Acht lassen. Damals besaßen die Republikaner die Entschlossenheit, nach vorne zu blicken und eine neue Orientierung einzuschlagen. Sie schufen konservative Think Tanks, wie die Heritage Foundation oder das American Enterprise Institute oder konservative Universitätsinstitutionen. Sie gründeten Organisationen, die die Beziehungen zu gleichgesinnten Politikern auf der lokalen- und Landesebene pflegten. Sie schufen Publikationen, Radio Talk Shows und nutzten das Internet, um Wähler und hunderttausende Freiwillige für sich zu gewinnen. Es ist diese Reagan

Partei, die den Demokraten heute gegenüber steht. Nur daß sie noch stärker geworden ist.

Eine neue Orientierung?

Während des ganzen Wahlkampfes proklamierte Bush: „Alle wissen wofür ich stehe“. Die 51 Prozent, die ihn wählten, wußten was er meint. Es ist zu bezweifeln, ob irgendein Demokrat heute so eine Behauptung aufstellen könnte.

Im Grunde hat die Partei jetzt nur zwei Möglichkeiten. Sie kann versuchen, die eigene Basis zu stärken, oder sie kann sich bemühen, neue Wählerschichten zu erschließen. Stärken hieße, die Basis zu ideologisieren, also politisch noch weiter nach links zu rutschen. Ausbauen dagegen würde bedeuten, in die Mitte zu gehen, ohne den linken Flügel zu vergraulen. Bill Clinton ist das gelungen, indem er sowohl auf das amerikanische Bürgertum als auch auf die Linke zielte.

John Podesta, ehemaliger Stabschef unter Clinton, ist einer der führenden Demokraten, der eine Rekalibrierung der demokratischen Position im Bereich der Religion befürwortet. „Leaving the field to suggest that ‚If you are religious, you are conservative,‘ is dangerous for the Democrats. Our political leaders are going to have to feel more comfortable speaking in moral terms.“

Ähnlich aeussert sich der frühere Arbeitsminister unter Bill Clinton, Robert Reich, der die Politik Bush-Rove als reine Identitätspolitik beschreibt und den Verlierern rät: Die Demokraten können sich nur behaupten, wenn Sie auch diese Sprache beherrschen. „Liberale brauchen auch Leidenschaft und Überzeugungskraft, zudem eine klare Vision, wohin sie die Nation führen möchten. Diese Vision muß in echten Werten verankert sein“.

Senator Bob Graham aus Florida, selbst kurzzeitiger Kandidat in den demokratischen Vorwahlen, mahnt eine eigene Strategie für den Krieg gegen den Terror an und fordert darüber hinaus eine „Debatte darüber, wie wir die Wertediskussion von Gott, Schußwaffen und Schwulen auf Toleranz, Sozialverhalten und Liebe lenken können (The New York Times).“

Parteizentrist Bruce Reed beruhigt: „Wir können den kulturellen Code knacken, weil wir es schon einmal geschafft haben.“ Gemeint ist Bill Clinton, dem es gelang, Religion, Moral und Politik organisch miteinander zu verknüpfen. Nach Ansicht der Zentristen müsse man den Republikanern jetzt das Monopol auf god, guns and gays streitig machen. „Werte, nicht Programme bewegen Nationen“, schreibt Bruce Reed. Die Demokraten müßten sich „wie alle erfolgreichen Anführer von Martin Luther King bis Bill Clinton“ wieder der „reichen Sprache des Glaubens bedienen“. Die könne „Berge versetzen“.

Ein chronisches Problem liegt vor allem im wichtigen Durchbruch im amerikanischen Süden - einst Hochburg der Demokraten. Eine Möglichkeit liege darin, bei der nächsten Präsidentschaftswahl einen Südstaatler zu nominieren, so wie es erfolgreich 1976 mit dem aus Georgia stammenden Jimmy Carter und 1992 und 1996 mit Bill Clinton (Arkansas) gemacht wurde. Senator John Edwards aus North Carolina sowie der Gouverneur aus Virginia, Mark Warner kämen in Frage.

Ross Baker, Politikwissenschaftler an der Rutgers University und ehemaliger Staffer im Repräsentantenhaus rät: „They never again should nominate anyone from Massachusetts. A nominee coming out of Massachusetts has never had to stretch himself, has never had to deal with conservatives and has a constituency that is very forgiving.“

Andere glauben, dass das Problem der Demokraten nicht so sehr in der Ideologie oder Geographie liegt, sondern eine Frage des Führungsstils ist, der sowohl bevölkerungsübergreifend als auch charismatisch sein sollte.

Die Agenda

Die Demokraten werden sich in den nächsten zwei Jahren bemühen müssen, die Republikaner im Kongreß sowie Präsident Bush anzugreifen, um für die nächste Wahl 2006 deutliche Kontraste herauszuarbeiten und den Wählern eine klare Alternative zu bieten. Allerdings hat dieser Kurs in den letzten Jahren in Teilen der Partei für viel Kritik gesorgt mit dem Vorwurf der Behinderung der politischen Agenda. Die entscheidende Frage für das neue demokratische Führungsteam wird deshalb sein, ob und auf welche Themenfelder eigene Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Kooperationsbereitschaft sollte auch signalisiert werden, um eine tiefere Spaltung des Landes zu verhindern.

Generell gilt aber, sich auf ‚Machbares‘ zu konzentrieren, Positionen zu halten und die Partei zur Mitte hin zu öffnen. Gemeint sind damit konservativere Positionierungen wie die Aufnahme von Abtreibungsgegnern in die Partei und allgemein der verstärkte Zugang zu religiösen und rechten Wählern. Der Partei steht nach dem Willen ihrer Führung eine taktische Rechtsentwicklung bevor. Ein Hinweis darauf ist die Wahl des Senators aus Nevada, Harry Reid, zum Fraktionschef der Demokraten im Senat.

Als Kerry dem Präsidenten zum Wahlerfolg gratulierte, rief er ihn dazu auf, den tiefen Riß in der Gesellschaft zu beachten und das Land zu vereinen. Auch Präsident Bush ist sich des tiefen Risses in der amerikanischen Gesellschaft bewußt. In seiner Siegesrede wandte er sich an die Wähler, die für seinen Konkurrenten gestimmt hatten: „Ich brauche Ihre Hilfe, um unser Land stärker zu machen.“ Präsident Bush bleibt nur ein kleines Zeitfenster, um seine Agenda umzusetzen. Spätestens ab Anfang 2006 werden sich die Kongreßmitglieder

bereits auf die Wahlen im November 2006 vorbereiten. Er kann sich – wie viele Präsidenten während ihrer zweiten Amtsperiode – um sein Vermächtnis kümmern und die Zusammenarbeit mit der Opposition anstreben. Die zweite Option ist der Versuch eines schnellen Durchmarsches, bevor er in zwei Jahren zur „lahmen Ente“ wird.

Dennoch haben die Demokraten Handlungsspielraum. Nach Meinung vieler Politstrategen ist es Präsident Bush und den Republikanern gelungen, durch die Schwerpunktsetzung auf soziale und kulturelle Themen, von ökonomischen Problemen abzulenken. Und hier sehen viele Demokraten die Lösung. So Robert Reich: “The Democrats have to address the problems of the working class that is in bad shape all over the country. If the Democrats can’t champion these issues, who can?” Dies beinhaltet bessere Gesundheitsversorgung, bessere Löhne und Gehälter und eine finanziell tragbarere Hochschulbildung. Besonders die anstehende partielle Privatisierung des sozialen Versicherungssystems ist für Demokraten ein anathema und es ist zu erwarten, dass sie Bushs Pläne hart anfechten werden. Jedoch rät Reich seiner Partei, diese Ziele in einen moralischen Kontext zu verpacken. Immerhin wäre es ein moralisches Versagen, wenn Millionen von Armen voll arbeiten würden, dennoch Hunger hätten und sich keine Krankenversicherung leisten könnten. Es wäre auch ein moralisches Versäumnis, dass jährlich 500 Milliarden Dollar für das Militär ausgegeben würden und gleichzeitig die Steuern der Wohlhabenderen gekürzt und die Sozialprogramme gestrichen würden. Die bisher gewählte bürokratische Sprache der Demokraten müssten durch eine moralische ersetzt werden, so Reich.

Ob und wie die Demokraten sich ihrer zukünftigen Rolle als Oppositionspartei annehmen, wird auch das neue Führungsteam zeigen.

Neue Köpfe

Der bisher wichtigste Gegenspieler des Präsidenten, der Minderheitsführer im Senat, Tom Daschle, hat bei der Wahl um den Senatssitz von South Dakota eine bittere Niederlage einstecken müssen. Trotz seiner langen Tätigkeit an führender Stelle in Washington verlor Daschle in dem eher ländlich und durch Agrarwirtschaft geprägten Staat gegen seinen republikanischen Konkurrenten John Thune.

Der neue Fraktionsvorsitzende im Senat und somit inoffizieller Oppositionsführer, der Senator des Staates Nevada, Harry Reid, setzt stärker als bisher auf traditionelle Werte und spiegelt somit das Anliegen wider, neue Wählerschichten zu erfassen. Reid ist 64 Jahre alt, gläubiger Mormone und Priester, spricht sich gegen Abtreibung aus und tritt auch gegen eine schärfere Kontrolle des Waffenrechtes ein. Seine politischen Überzeugungen stehen in den Bereichen Handel, Haushaltspolitik, Abtreibung, bürgerliche Freiheiten, Gesundheits- und Steuerpolitik sowie in punkto Irak-Krieg, den er bis heute nicht kritisiert, näher

beim Weißen Haus als beim Mehrheitswillen der demokratischen Wähler. Kurz nach seiner Wahl zum Minority Leader des Senats, signalisierte er Kompromißbereitschaft gegenüber seinen republikanischen Senatskollegen. Zusammen mit Nancy Pelosi, Minderheitsführerin im Repräsentantenhaus wird Reid versuchen, ein Gegengewicht zur Republikanischen Dominanz zu bilden.

Die Wahl des Vorsitzenden des Democratic National Committee steht erst im Februar an. Die Demokraten wären gut beraten vor der Wahl des Parteivorsitzenden, ihre Stärken und Schwächen abzuwägen. Obwohl die Wahlbeteiligung stark angestiegen ist und die Demokraten mehr Stimmen für sich registrieren konnten als in vergangenen Wahlen, hat das Ergebnis auch gezeigt, wie marginalisiert die Partei ist. Dies zeigt ein Blick auf eine rot/blau-Karte der Präsidentschaftswahlen. Obwohl Kerry 48 Prozent der Wählerstimmen erhalten hat, sind doch 95 Prozent der Karte rot und nicht blau.

Wichtig wäre es, einen Vorsitzenden zu wählen, der sich für die vollen vier Jahre verpflichtet und das Amt des Parteivorsitzenden nicht als Treppchen zur Präsidentschaftskandidatur sieht und nach zwei Jahren aussteigt. Der Vorsitzende sollte sich auch mit dem A und O einer Kampagnenorganisation auskennen und die Informationen über die Präferenzen der Wähler in der vergangenen Wahl einbeziehen. Zuletzt sollte das Komitee jemanden nominieren, der sich im Fundraising gut auskennt und sich dabei auch gerne „seine Finger dreckig macht“.

Der Gouverneur von Iowa, Tom Vilsack, der von führenden Demokraten aber auch von John Kerry, als Favorit für diese Position gehalten wird, hat den Posten abgelehnt. Er hält sich damit den Weg offen für eine mögliche Präsidentschaftskandidatur im Jahre 2008. Es ist generell nicht üblich, daß Parteivorsitzende als Kandidaten für die Präsidentschaft gehandelt werden, da eingebunden in offizielles Fundraising und andere Engagements, die Vorbereitungen einer Präsidentschaftskampagne nahezu ausschließt.

Bisher haben sich acht Demokraten für den Posten beworben. Auch der ehemalige Gouverneur von Vermont, Howard Dean, hat sein Interesse an dem Vorsitz geäußert. Sein Bekanntheitsgrad ist enorm, doch seine starke Identifizierung mit dem linken Flügel und der Kollaps seiner Präsidentschaftskampagne werden die Moderaten beunruhigen, die sich schon jetzt mit der schwierigen Aufgabe befassen, den Republikanern ihr jetziges Mandat zu entziehen.

Präsidentschaftswahlen 2008

Während die einen vorschlagen, mehr über Religion zu reden, die anderen einen Weg in die Mitte suchen und wieder andere sich von dem New Deal

verabschieden wollen, sind sich alle einig, daß Sie schon bald einen neuen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl von 2008 brauchen.

Es ist vorauszusehen, daß schon in Kürze der Kampf um die Nominierung für 2008 beginnt. Vor allem Hillary Clinton wird voraussichtlich den Senat als Plattform für ihre präsidentiellen Ambitionen nutzen. Der ehemaligen First Lady und jetzigen Senatorin aus New York werden derzeit große Chancen zugesprochen, besonders dann wenn sie 2006 ihre Wiederwahl überzeugend übersteht. Ihr Vorteil liegt in ihrem Bekanntheitsgrad und ihrer Anhängerschaft, ihr Nachteil jedoch auch in ihrem Bekanntheitsgrad, der viele Feinde mit sich bringt. Dazu kommt, daß sie äußerst "liberal" ist. Das gilt spätestens seit diesem Wahlkampf, als die Republikaner Kerry dieses Etikett anhefteten, fast als Schimpfwort. "Wenn es eine Person gibt, die die konservative Basis der Republikaner erneut mobilisieren würde, ist das Hillary Clinton", sagt Michelle Cottle von der Zeitschrift "New Republic".

Nach Ansicht von James Thurber von der American University in Washington müssen die Demokraten einen Kandidaten aufstellen, der den Republikanern zumindest einen Staat im Süden entreißen kann. Dies gelang schon Lyndon Johnson, Jimmy Carter und Bill Clinton. Kerry und Gore scheiterten daran. John Edwards aus North Carolina könnte hier im Vorteil gegenüber Hillary Clinton sein. Sowohl während der Nominierungskampagne als auch an der Seite Kerrys erreichte er hohe Zustimmungsraten. Allerdings schaffte er es nicht, den Demokraten einen Sieg in seinem eigenen Heimatstaat zu sichern.

Auch der neue Demokraten-Star, der afro-amerikanische Barack Obama, der jetzt für Illinois in den Senat einzog, wird als Kandidat gehandelt. Er hat seinen politischen Durchbruch auf dem Parteitag der Demokraten in Boston erzielt und seine politische Anziehungskraft mit einem überwältigenden Wahlsieg im Kampf um den Senatssitz von Illinois unter Beweis gestellt. Ihm wird durchaus zugetraut, der erste afro-amerikanische Präsident Amerikas zu werden. Ob er das Zeug für die Präsidentschaft hat, muß sich allerdings erst noch zeigen.

Doug Schoen, Umfragefachmann von Expräsident Clinton, warnt indes vor einer verfrühten Personaldiskussion. "Die Demokraten müssen sich erst neu aufstellen. Sie müssen zurück in die gesellschaftliche Mitte mit einem aggressiven Bekenntnis zu traditionellen Werten." Wichtiger als eine Personaldebatte wird für die Demokraten sein, zur Überwindung der ideologischen und religiösen Polarisierung Amerikas beizutragen. Nicht zuletzt hat der öffentliche Eindruck, daß die Demokraten gegen Familie und Moralität und für die Abtreibung und die homosexuelle Ehe seien, zu deren Niederlage geführt. Bill Clinton empfiehlt der Partei, das ländliche und religiöse Amerika in einen nationalen Dialog über Religion und Werte einzubeziehen. Denn eines scheint klar zu sein: Verläßt sich die Partei auch in Zukunft darauf, ihre Basis in den städtischen Zentren der Ost- und Westküste zu sehen (Neu England, New York, Kalifornien), droht ein struktureller Minderheits-Status.